

## Pro: Ein unverzichtbares Projekt

von Svenja Sinjen

Braucht die NATO tatsächlich ein Abwehrsystem zur Verteidigung des Bündnisgebiets gegen ballistische Raketen? Sollen sich die Europäer an diesem Projekt maßgeblich beteiligen? Kann Russland dabei ein gleichberechtigter Partner der NATO werden? In Anbetracht der bisherigen Bündnisentscheidungen rufen diese Fragen zunächst Verwunderung hervor.

Hat die NATO nicht bereits auf ihrem Strategiegipfel in Lissabon entschieden, dass eine Raketenabwehr gebraucht wird? Hat das Bündnis nicht gerade in Chicago den ersten Schritt dazu getan und die so genannte Interim Ballistic Missile Defence Capability ausgerufen? Folgt aus der Logik einer Allianz nicht zwangsläufig, dass sich die Europäer maßgeblich an diesem Projekt beteiligen müssen? Es handelt sich schließlich um eine Fähigkeit, die die NATO selbst als Kernelement kollektiver Verteidigung bezeichnet. Und hat das Bündnis nicht mehrfach betont, dass eine Kooperation mit Russland zwar angestrebt wird, Russland aber als Nichtmitglied der NATO kein gleichberechtigter Partner in dieser Sache sein kann?

Ein klares Ja. Warum sollten diese Fragen also erneut gestellt werden? Das Stichwort lautet wie so oft in den vergangenen 20 Jahren: doch kein tragfähiger strategischer Konsens. Im Vorfeld des NATO-Gipfels in Chicago waren wieder einmal zahlreiche Stimmen zu hören, die den Nutzen der Raketenabwehr anzweifeln, sie nicht nur mit Blick auf die russischen Widerstände als potenzielle Gefahr für die allgemeine sicherheitspolitische Stabilität bezeichnen und dringend von größeren europäischen Investitionen abraten. Neben dieser althergebrachten Kritik konnte man einen neuen Zungenschlag aus dem Lager derer vernehmen, die sich nur widerwillig mit der NATO-Raketenabwehr abgefunden hatten: Ist Raketenabwehr nicht überflüssig, wenn sich die iranische Bedrohung auflösen sollte?

Die Kritiker verkennen nach wie vor die wesentlichen Argumente, die für eine Raketenabwehr zum Schutz des Bündnisgebiets sprechen, und verpassen damit gleichzeitig den Anschluss an die tatsächlich zu klärende Frage: Wie können Amerikaner und Europäer unter Budgetzwängen gemeinsam eine effektive Raketenabwehr aufbauen? Allein dieser Umstand macht eine erneute Debatte über das Thema nötig. Denn nur wenn ein belastbarer Konsens über Partei- und Landesgrenzen hinweg erwirkt werden kann, der die Notwendigkeit einer Raketenabwehr nicht mehr anzweifelt, hat das NATO-Projekt auch in Zeiten knapper Kassen eine langfristige Zukunft.

Zwei zentrale Gründe sprechen für eine Raketenabwehr: die fortwährende Bedrohung durch ballistische Raketen und Massenvernichtungswaffen sowie die lückenhaften Ansätze zur Bekämpfung dieser Bedrohung.

1. Die Bedrohung: Die NATO betont seit Jahren, dass die Weiterverbreitung von ballistischen Raketen und Massenvernichtungswaffen neben dem Terrorismus die größte Gefahr für die Sicherheit ihrer Mitglieder ist. Diese Gefahr wird immer komplexer. Mittlerweile besitzen oder entwickeln zwischen 20 und 30 Staaten ballistische Raketen, deren einziger militärischer Nutzen im Transport von Massenvernichtungswaffen liegt. Dazu hat sich gezeigt, dass die Raketen nicht nur mobiler, überlebensfähiger und zielgenauer geworden sind, sondern auch die Reichweiten gesteigert werden konnten. Schließlich herrscht weiterhin ein reger Technologietransfer zwischen den Staaten, die in ihrer Raketenentwicklung fortgeschrittener sind, und denen, die rückständiger sind. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Trends fortsetzen und durch diplomatische Bemühungen nicht aufgehalten werden können.

Doch aus Fähigkeiten allein ergibt sich noch keine Gefahr. Sie werden dann gefährlich, wenn sie sich mit feindlichen Absichten eines Kontrahenten paaren. Der Iran ist in diesem Zusammenhang das derzeit prominenteste Beispiel. Das Land arbeitet seit Jahren an Langstreckenraketen und kann mit seinen Mittelstreckenraketen bereits jetzt die Südwestflanke des NATO-Gebiets erreichen (z.B. Athen). Die Diskussionen um den Stand des iranischen Nuklearprogramms sind bestens bekannt. Man kann davon ausgehen, dass weitere Fortschritte des Landes bei der Entwicklung der militärischen Fähigkeiten nicht aufzuhalten sind. Iranische Langstreckenraketen, die bestückt mit atomaren Gefechtsköpfen die USA erreichen könnten, sind mittelfristig durchaus realistisch. Aber auch ohne Massenvernichtungswaffen hätten die Raketen ausreichend Potenzial, um Angst und Schrecken zu verursachen, wenn sie in einer europäischen oder amerikanischen Stadt einschlagen würden. Die bedrohliche Rhetorik der iranischen Führung gegenüber Israel und einigen NATO-Mitgliedern, allen voran den USA, ist nicht zu überhören. Wozu die Führung tatsächlich bereit wäre, um ihre Interessen durchzusetzen, kann niemand vorhersagen. Gegenstand dieser Vorhersagen ist immer auch die menschliche Psyche, die Überraschungen hervorbringen kann. Argumente wie „eine militärische Auseinandersetzung mit Israel oder den USA sei nicht im Interesse der iranischen Bevölkerung“ sind wenig hilfreich. Die iranische Bevölkerung hat keine ausreichenden Sanktionsmechanismen, um die Entscheidungen der Führung zu kontrollieren und sie im Zweifel auf einen friedfertigen Kurs zu bringen. Denn die Iraner leben in einer Diktatur.

Zwischen 20 und 30 Staaten besitzen oder entwickeln ballistische Raketen, Diplomatie hält sie nicht auf

2. Die lückenhaften Ansätze zur Bekämpfung der Bedrohung: Hierin liegt auch der Schlüssel zur Frage, ob Raketenabwehr überflüssig ist, wenn sich die iranische Bedrohung auflösen sollte. Nein, keineswegs. Jede Diktatur, die über ballistische Raketen und Massenvernichtungswaffen verfügt, ist eine potenzielle Gefahr für die Interessen der NATO-Mitglieder. Ob sich diese Gefahr tatsächlich materialisiert, ist ungewiss und hängt von den politischen Umständen

ab – das ist nicht der Punkt. Entscheidend ist, dass dieser Fall eintreten könnte und mit erheblichen Konsequenzen für die Sicherheit der NATO-Mitglieder verbunden wäre. Die Politik hat sich auf diese Situation vorzubereiten. Sie muss die Sicherheit der Bürger bestmöglich schützen und dabei gleichzeitig ihre politische Handlungsfähigkeit in Krisensituationen aufrechterhalten. Die bisherigen Ansätze zur Bekämpfung der Bedrohung durch ballistische Raketen und Massenvernichtungswaffen waren lückenhaft. Die Fälle Nordkorea und Iran zeigen, dass die diplomatischen Bemühungen ins Leere laufen. Aber auch die militärischen Vorbereitungen sind unvollständig. Raketenabwehr kann helfen, diese Lücken in zweierlei Hinsicht zu schließen.

Zunächst durch eine Stärkung der Abschreckungsbemühungen: Die NATO-Mitglieder werden aufgrund ihrer inneren Verfasstheit immer versuchen, gegnerische Erpressungsversuche oder eine tatsächliche militärische Auseinandersetzung zu verhindern, indem sie den Kontrahenten mit ihrem eigenen Fähigkeitsdispositiv abschrecken. Raketenabwehr stärkt diesen Versuch: Als aktive Verteidigung ergänzt sie den passiven ABC-Schutz (atomar, biologisch, chemisch) und weitere offensive Verteidigungsmaßnahmen und signalisieren dem Kontrahenten, dass ein Raketenangriff nicht zu dem gewünschten Erfolg führen kann. Diese mangelnden Erfolgsaussichten wären natürlich umso abschreckender, wenn z.B. der Iran nach einem Raketenabschuss auf die USA oder Europa ebenfalls mit einem (nuklearen) Vergeltungsschlag rechnen müsste. Hier zeigt sich, dass Verteidigung und Vergeltung eng verbunden sind und Abschreckung erst durch diese Verbindung effektiv werden kann. Jede Vergeltungsmaßnahme, insbesondere auf der Basis von Nuklearwaffen, ist in Demokratien mit erheblichen innenpolitischen Schwierigkeiten verbunden. Daher kommt der Verteidigungskomponente im Konzept der Abschreckung eine besondere Bedeutung zu. Raketenabwehr erhöht nicht nur die Glaubwürdigkeit der Abschreckung, sondern reduziert auch die Szenarien, in denen nukleare Vergeltung notwendig sein könnte.

Weiterhin durch eine Rückversicherung bei Versagen der Abschreckung: Trotz alledem können Abschreckungsbemühungen gegenüber Akteuren wie dem Iran scheitern. Abschreckung ist kein mechanischer Prozess, sondern setzt eine Vielzahl an Informationen über den Kontrahenten voraus, die nicht immer verfügbar sind. Auch die menschliche Psyche spielt eine Rolle: Am Ende entscheidet die iranische Führung selbst, ob sie abgeschreckt ist oder nicht. Raketenabwehr bietet daher eine Art Rückversicherung für den Fall, dass Abschreckung tatsächlich versagt. Sollte sich der Iran im Konfliktfall entscheiden, einen Raketenangriff auf die USA oder Europa durchzuführen, könnte der Schaden durch eine Raketenabwehr erheblich reduziert oder gar vermieden werden.

Diese Argumente sind alle nicht neu. Sie haben dennoch nichts von ihrer Schlagkraft eingebüßt. Statt sie zu beachten, stellen die Kritiker der Raketenabwehr Probleme in den Vordergrund, die es zwar gibt und zum Teil auch gelöst werden müssen, die aber kein Hindernis für den Aufbau der NATO-Raketenab-

Verteidigung und Vergeltung sind eng verbunden, erst dadurch kann Abschreckung effektiv werden

wehr sind: „Raketenabwehr kann keine hundertprozentige Sicherheit bieten.“ Richtig, aber hundertprozentige Sicherheit gibt es nie. Wenn der Einschlag auch nur einer Rakete auf NATO-Territorium verhindert werden kann, hat Raketenabwehr ihren Nutzen zweifelsfrei bewiesen. „Massenvernichtungswaffen können auch auf anderem Wege als mit ballistischen Raketen ausgebracht werden.“ Richtig, aber lässt man die Tür offen, nur weil der Dieb auch durch das Fenster einsteigen könnte? „Die Technologie ist mit Problemen behaftet, die vermutlich nie gelöst werden können“. Richtig, wie bei jeder komplexen technologischen Entwicklung gibt es auch bei der Raketenabwehr Probleme. Solange diese Entwicklungen aber den Gesetzmäßigkeiten der Physik folgen, können sie bei entsprechender Mittelaufwendung erreicht werden. Ob diese Mittelaufwendung als vertretbar betrachtet wird, ist eine Frage der Prioritätensetzung.

Schließlich widmen sich alle Kritiker der Raketenabwehr den russischen Widerständen und argumentieren, dass die NATO ihre Raketenabwehrpläne nicht gegen russische Widerstände durchsetzen dürfe. Warum eigentlich nicht? Russland ist kein Mitglied der NATO und kann daher kein Veto über die Entscheidungen des Bündnisses haben – auch kein informelles. Das russische Verhalten legt die Vermutung nahe, dass auch die Russen die Bedeutung der Raketenabwehr erkannt haben und in Anbetracht ihrer eigenen technologischen Rückständigkeit versuchen, die Umsetzung des Projekts zu verhindern oder zu verlangsamen. Anders können die unrealistischen Forderungen der russischen Führung nach gleichberechtigter Teilhabe an der NATO-Raketenwehr und nach einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag zur Absicherung der russischen Zweitschlagskapazität kaum erklärt werden. Wenn die NATO das Projekt nicht aufgeben will, wird Russland seine Forderungen anpassen müssen. Nur dann ist der Weg für eine begrenzte Kooperation zwischen der NATO und Russland möglich.

Angesichts seiner eigenen Rückständigkeit versucht Russland, die Umsetzung des Projekts zu verhindern

Die verantwortlichen Regierungen in den NATO-Staaten haben die Aufgabe, den immer noch weit verbreiteten Widerstand gegen die Raketenabwehr aufzulösen. Es gibt genug Argumente, mit denen sie dabei um Unterstützung werben können. Ohne einen tragfähigen Konsens, der die Raketenabwehr nicht mehr anzweifelt, hat das NATO-Projekt keine langfristige Zukunft.

Ein Blick auf die Raketenabwehrplanungen der USA und die politischen Zwänge, denen das Land unterliegt, genügt, um diesen Zusammenhang zu verstehen: Die USA stellen mit ihrem „Phased Adaptive Approach for Missile Defense in Europe“ das Rückgrat des NATO-Projekts. Ohne die USA wird es keine NATO-Raketenabwehr geben. In vier Phasen soll zunächst der Schutz des europäischen Bündnisgebiets und der amerikanischen Streitkräfte in Europa gegen Mittelstreckenraketen aufgebaut und verbessert werden. Am Ende der letzten Phase steht der Schutz der USA gegen Langstreckenraketen. Die amerikanischen Fähigkeiten, auch die künftig landgestützten, werden sich dabei relativ leicht verlegen lassen. Bedenkt man die begrenzte Verfügbarkeit der Fähigkeiten und den globalen Fokus der USA, ist leicht vorstellbar, dass amerikanische Fähigkeiten aus Europa in andere Regionen verlegt werden könnten. Eu-

ropäische Fähigkeiten, die diesen Abzug abfedern könnten, wären angebracht. Darüber hinaus klärt die NATO gerade intern, welches Schutzniveau überhaupt für das Bündnisgebiet erreicht werden soll. Auch hier könnte das Ergebnis sein, dass substanzielle europäische Beiträge angebracht sind. Schließlich steht aufgrund der Budgetzwänge, die es auch in den USA gibt, keinesfalls fest, ob die vier Phasen überhaupt wie geplant umgesetzt werden können. Bereits jetzt fragen amerikanische Politiker, warum die USA unverhältnismäßig viel in ein Projekt investieren sollten, das die USA mit den Europäern gemeinsam umsetzen sollen.

Das amerikanische Engagement für die europäische Sicherheit ist keineswegs in Stein gemeißelt. Die Europäer, allen voran Deutschland, müssen sich daher überlegen, wie sie die NATO-Raketenabwehr mit eigenen substanziellen Beiträgen ergänzen, um die USA in Europa zu halten und die europäischen Interessen zu schützen. Das ist die eigentliche Debatte, die geführt werden muss!

## Contra: Die Risiken sind zu groß

von Dirk Schuchardt

Die hohen Erwartungen an das territoriale Raketenabwehrsystem der NATO werden sich nicht erfüllen. Daher gilt es, politischen Entscheidungsträgern die Grenzen eines solchen Systems deutlich zu machen, anstatt die Vorzüge zu unkritisch herauszustellen. Der sicherheitspolitische Mehrwert der Raketenabwehr verbleibt dabei letztlich zu gering, die Risiken zu groß, um größere Investitionen zu rechtfertigen.

Militärs, Verteidigungspolitiker und Sicherheitsexperten betonen die Vorteile, die das System besitzt: Neben Schutz soll es die militärische Handlungsfähigkeit gegenüber nuklear bewaffneten Aggressoren erhalten und nukleare Erpressung verhindern, Staaten vom Bau von Nuklearwaffen und ballistischen Raketen sowie von deren Nutzung durch die Einsicht abschrecken, dass diese Anstrengungen angesichts des Abwehrsystems vergeblich sind. Darüber hinaus soll das System die transatlantischen Beziehungen stärken und durch Kooperation das westlich-russische Verhältnis verbessern. Doch bei Betrachtung dieser Argumente kommt man zu dem Schluss, dass ein Abwehrsystem bloß zwei Vorteile haben könnte: Erstens mag es den Schaden reduzieren, den ein Angriff auf NATO-Gebiet verursachen würde. Und zweitens könnte das Abwehrsystem eine gewisse Stärkung der transatlantischen Beziehungen bewirken. Zusammengenommen ist dies aber zu wenig, um größere Anstrengungen Deutschlands zu rechtfertigen.

Grundlage der deutschen Argumentation für die Raketenabwehr ist die zunehmende Verbreitung ballistischer Raketen. Allerdings rechtfertigt dies allein kaum den Aufwand eines Raketenabwehrsystems – dafür bedarf es, wenn überhaupt, einer Bedrohung durch Nuklearraketen. Mittel- bis langfristig dürfte nur der Iran in der Lage sein, Zentraleuropa mit solchen Systemen zu bedro-

hen. Dass er plant, nukleare Raketen mit entsprechender Reichweite zu entwickeln, ist nicht ausgeschlossen, aber unter Experten strittig. Andere Staaten, wie etwa Syrien, werden auch langfristig kaum über die notwendigen Fähigkeiten verfügen. Doch selbst wenn diese Staaten über die entsprechenden Waffen verfügen würden, wären plausible und konkrete Bedrohungsszenarien schwer auszumachen. Und für die USA dürfte langfristig ohnehin China der Bezugspunkt für die Raketenabwehrprogramme sein.

Dazu kommt, dass die bislang verfügbaren Abwehrsysteme aufgrund ihrer geringen Leistungsfähigkeit kaum Schutz bieten. Sowohl die SM3 als auch der GBI wurden bislang unzureichend unter realistischen Einsatzbedingungen getestet, und beide Systeme können durch einfachste Täuschmaßnahmen überwunden werden. Den Optimismus von Befürwortern, dass die Lösung dieser Probleme nur eine Frage der Zeit sei, teilen dabei nicht alle Experten – vielen gelten etliche technische Probleme als langfristig nicht lösbar.

Doch auch wenn die Abwehrsysteme massive Leistungssteigerungen erfahren: Selbst Befürworter räumen ein, dass sie nie einen hundertprozentigen Schutz garantieren werden. Daher bietet ein Raketenabwehrsystem keinen Schutz vor nuklearer Erpressung und negiert nicht die nukleare Abschreckungsfähigkeit von nuklearen „Schurkenstaaten“. Abgesehen davon, dass ein Raketenabwehrsystem nicht gegen alle Verbringungsformen

für Nuklearsprengköpfe Schutz bietet, ist es außerdem grundsätzlich unrealistisch anzunehmen, dass Drittstaaten sich vom Einsatz von Nuklearwaffen durch solch ein System abhalten lassen würden, sollten sie sich, trotz der Androhung nuklearer Vergeltung, zu diesem Schritt entschlossen haben.

Hier birgt die Raketenabwehr sogar erhebliche Risiken, sollten Entscheidungsträger in der NATO die Abwehrfähigkeiten des Systems überschätzen. In so einem Fall wäre es möglich, dass sie durch Aggressivität in einer Krise einen Nuklearschlag provozieren in dem Irrglauben, durch die Raketenabwehr geschützt zu sein. Es ist daher dringend davon abzuraten, in der Raketenabwehr ein Instrument zu sehen, das den Handlungsspielraum gegenüber Nuklearmächten erweitert.

Die Raketenabwehr ist nicht geeignet, den Handlungsspielraum gegenüber Nuklearmächten zu erweitern

Darüber hinaus betreiben Staaten Nuklearwaffen und Raketenprogramme nicht nur aus sicherheitspolitischen Motiven mit Blick auf den Westen, sondern zum Teil auch mit Blick auf ihr ungeschütztes regionales Umfeld, internationales Prestige oder Interessen starker innenpolitischer Gruppierungen. Daher muss ein Abwehrsystem nicht dazu führen, dass Staaten ihre Nuklearwaffen- und/oder Raketenprogramme aussetzen. Beleg dafür sind nicht zuletzt die anhaltenden Aktivitäten des Iran und Nordkoreas. Die gleiche Argumentation gilt dabei ebenfalls für Staaten, die die NATO mit ihrem System auch deshalb schützen möchte, um sie von eigener nuklearer Aufrüstung abzuhalten. Zu denken wäre hier vor allem an die Türkei. Aber sicherheitspolitische Erwägungen wären bei der Entscheidung für oder gegen eine „türkische Bombe“ als Reaktion auf entsprechende Aktivitäten des Iran nur ein Faktor neben Fragen regionaler Machtverhältnisse und Prestige.

Die Raketenabwehr besitzt aber auch einen außenpolitischen Mehrwert, indem sie die transatlantischen Beziehungen stärkt und die USA an Europa bindet. Hierin, und weniger aufgrund einer tatsächlichen Bedrohung, dürfte auch die wesentliche Motivation der europäischen NATO-Staaten liegen, bei der Raketenabwehr zu kooperieren. Immerhin teilen alle NATO-Staaten mehr oder weniger die Einschätzung, dass die Proliferation von Raketen und Massenvernichtungswaffen eine Bedrohung ist, der unter anderem durch Raketenabwehr begegnet werden kann. Wenn es gelingt, Fragen über Lastenteilung, Kontrolle und europäische Anteile an dem Abwehrsystem einvernehmlich zu lösen, könnte ein Raketenabwehrsystem in der Tat eine Stärkung der „Institution NATO“ mit sich bringen und den Europäern Einfluss und Mitspracherechte ermöglichen, die sie in einem amerikanischen System nicht hätten.

Einige Kommentatoren argumentieren außerdem, dass eine Einbeziehung Russlands in die Raketenabwehr sein Verhältnis zur NATO verbessern könnte. Würde es zu einer Einigung bei der Raketenabwehr kommen, wäre dies

Russland hat wenig Grund, westlichen Aussagen bezüglich der Raketenabwehr übermäßig zu trauen

richtig – gegenwärtig spricht aber nicht viel dafür, dass dies möglich ist. Abgesehen von technischen Detailfragen ist es bislang nicht gelungen, mit Russland zu einer gemeinsamen Position zu kommen: Weder kann die NATO ein gemeinsames Abwehrsystem akzeptieren noch wird Russland ein Dokument erhalten, in dem die NATO garantiert, die

Raketenabwehr sei nicht gegen Russland gerichtet. Ganz zu schweigen davon, dass man insbesondere in konservativen Kreisen in den USA und Osteuropa Russland sowieso eher als sicherheitspolitischen Rivalen denn als Partner wahrnimmt und die NATO vielen in Russland noch immer als gelegenes Feindbild taugt.

Russland hat an sich auch wenig Grund, westlichen Aussagen bezüglich der Raketenabwehr übermäßig zu trauen: Zum einen haben Analysen gezeigt, dass die geplanten NATO-Systeme sich grundsätzlich nutzen ließen, um russische Raketen abzufangen. Bei einem von russischer Seite befürchteten Aufwuchs des Systems könnte so die russische Zweitschlagfähigkeit irgendwann gefährdet sein. Zum anderen haben die USA schließlich bereits schon einmal unilateral einen Vertrag gekündigt, der Raketenabwehrsysteme begrenzen sollte. Man sollte auch bedenken, mit welchen Motiven Russland in die Verhandlungen geht: Zunächst fühlt sich Moskau durch Staaten wie den Iran weniger bedroht als der Westen. Aus eigener Motivation würde Russland daher kaum ein Raketenabwehrsystem mit Blick auf diese Staaten aufstellen. Vielmehr dürfte es im russischen Interesse liegen, das NATO-System möglichst lange zu verzögern, Informationen zu erlangen und Einfluss auf seine Ausgestaltung nehmen zu können.

Während es also denkbar wäre, sich mit Russland darauf zu einigen, gemeinsame Radarstationen zu betreiben oder im begrenzten Rahmen Informationen und Personal auszutauschen und bei der Punktverteidigung zusammenzuarbeiten, erscheint eine grundsätzliche Einigung über die Raketenabwehr unwahrscheinlich. Für den Fall, dass die Verhandlungen scheitern, hat Russ-

land mit dem Ausstieg aus dem New START gedroht sowie die Aufstellung substrategischer Nuklearwaffen und Modernisierungsprogramme für seine Nuklearstreitkräfte angekündigt. In diesem Fall würde sich durch die Aufstellung der Raketenabwehr die Sicherheitslage der NATO verschlechtern und nicht zu erhofften Impulsen für Abrüstung führen, im Gegenteil. Gerade diese Perspektive, nämlich dass die Raketenabwehrprogramme von USA und NATO nicht zur Abrüstung, sondern zu nuklearen Rüstungsprogrammen in Russland und China führen, sollte der Bundesregierung mit Blick auf die eigene Abrüstungsagenda zu denken geben.

Zusammengenommen spricht wenig dafür, dass Deutschland sich mit umfassenden Ressourcen an der Raketenabwehr der NATO beteiligen sollte. Einzig, dass die Raketenabwehr den Schaden eines Angriffs mit Nuklearraketen minimieren könnte, ist ein Argument – aber selbst hierfür müssten die entsprechenden Abfangsysteme noch erheblich ausgereifter sein. Eine Stärkung der transatlantischen Beziehungen durch eine gemeinsame Raketenabwehr ist zwar möglich, hätte aber die Kehrseite, dass sich durch die Belastung der Beziehungen mit Russland die Sicherheitslage Europas insgesamt verschlechtern könnte. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die leeren Kassen des Verteidigungshaushalts und dringendem Materialbedarf für laufende Einsätze unserer Bundeswehr scheint die Bundesrepublik gut beraten, die Raketenabwehr nicht als Priorität zu betrachten.

Trotzdem sollte sich Deutschland aus Bündnissolidarität an dem Abwehrsystem beteiligen. Deutschland hat auf dem NATO-Gipfel in Lissabon den Aufbau eines territorialen Raketenabwehrsystems bereits mitgetragen, weswegen ein kompletter Ausstieg aus der Raketenabwehr nur um den Preis schwerer Verwerfungen mit den USA und anderen Verbündeten zu haben wäre – die sich Deutschland nach seinem Verhalten in der Libyen-Frage nicht erlauben kann. Stattdessen sollten unbedingt nötige deutsche Beiträge kostengünstig, politisch bedeutsam und möglichst für mehr brauchbar sein als nur Raketenabwehr. Ansonsten sollte Deutschland vor allem auf einen Ausgleich mit Russland hinwirken, um den Schaden im russisch-westlichen Verhältnis so gering wie möglich zu halten.

Trotz gravierender Nachteile: Deutschland sollte sich aus Bündnissolidarität an dem Abwehrsystem beteiligen



SVENJA SINJEN  
leitet das Berliner  
Forum Zukunft im  
Forschungsinstitut  
der Deutschen  
Gesellschaft für  
Auswärtige Politik  
(DGAP).



DIRK SCHUCHARDT  
ist Experte für  
Sicherheitspolitik  
in Berlin.